

# Chemnitzer Anzeiger

## und Stadtbote.

### Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend

besonders für die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Gläsa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Keustadt, Schönau.

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich 3 Unterhaltungs-Blätter, sowie das Festsitzige, reich illustrierte humoristische Anzeiger-Bilderbuch.

**Abonnementsbestellungen**, vierteljährlich 150 Pf. (Batr. 40 Pf.), monatlich 50 Pf. (Batr. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition und Ausgabestellen in Chemnitz und obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Liste 7. Nachtrag Nr. 1069 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementspreise von vierteljährlich 1 Gulden 41 Kr., monatlich 47 Kr. (exkl. Abgabekosten) durch die Postanstalten zu beziehen.

**Verlags-Expedition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48** (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

**Bekanntmachung, die Reichstagswahl betreffend.**  
Die Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahl im XVI. Wahlbezirk  
Sonnabend den 1. November 1884, Vormittags 11 Uhr  
im Rathsstuhlsaal des neuen Rathhauses statt.  
Bei dieser Wahlhandlung werden nach erfolgter Verlesung der Beschlüsse der Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen und die Resultate der Wahlen zusammengefasst.  
Das Ergebnis wird verlesen und demnach durch das hiesige Amtsblatt bekannt gemacht.  
Der Zutritt zu dem obengenannten Saal, dessen Eingänge durch gebaute Vorhänge abgegrenzt sind, ist jedem Wähler offen.  
In dem Saal befindet sich ein Tisch, an dem die Herren Wahlprüfer der sämmtlichen und ländlichen Wahlbezirke unter Hinweis auf § 25 des zum Wahlgesetz gehörigen Reglements ersicht, die Wahlprotokolle mit sämmtlichen gehörigen Schriftstücken angeordnet, ebenfalls aber so geordnet sind, dass sie spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltermin, also bis  
Freitag den 8. Oktober 1884, 6 Uhr Abends,  
in meine Hände gelangen.  
Die Herren Wahlprüfer sind für pünktliche Ausführung dieser Vorkehrung verantwortlich.  
Chemnitz, den 30. Oktober 1884.  
Der Wahlkommissar im XVI. Wahlbezirk,  
Andr. Dr. Oberbürgermeister. 54.

**Erneuert**  
wird hiermit die Vorladung des Ritters Friedrich Hermann Schnelzer aus  
Döllitz bei Leipzig vom 12. August o.  
Chemnitz, den 25. Oktober 1884.  
Königl. Staatsanwaltschaft,  
Bismarckstr.  
Erledigt  
hat sich die am 9. Oktober 1884 erlassene, dem Strumpfwirker Friedrich Hermann Richter aus Weißbach bei Hohnau betreffende Vorladung.  
Chemnitz, 28. Oktober 1884.  
Die R. Staatsanwaltschaft bei  
Schmiede.  
Der Stahlgewölbe Carl Paul Reizner, geboren den 10. November 1861 in Annaberg und zuletzt dortselbst anlässlich, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Wehrzeit, sich dem Eintritte in den Dienst des kaiserlichen Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erzieltem militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben. Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B.  
Derselbe wird auf  
den 4. Dezember 1884 Nachmittags 3 Uhr  
vor die I. Strafkammer des Königl. Landgerichts Chemnitz zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozedurordnung von der Königl. Anstaltsverwaltung zu

Annaberg über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatsachen ausgefertigten Erklärungen vernommen werden.  
Chemnitz, den 27. Oktober 1884.  
Königliche Staatsanwaltschaft,  
Dr. Knebel. Klage.  
**Bekanntmachung**  
Dem Stahlgewölbe-Inhaber Carl Julius Friedrich in Kappel, Inhaber der Firma Carl Friedrich dafelbst, über dessen Verlangen der Konkurs eröffnet ist, hat unter Bezugnahme darauf, dass er sich mit seinen Gläubigern außergerichtlich geeinigt habe, die Einstellung des Konkursverfahrens beantragt, was gemäß § 89 der R.-O. hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht wird, dass die zustimmenden Erklärungen auf der Gerichtsstelle zur Einsicht der Konkursgläubiger niedergelegt sind.  
Chemnitz, den 29. Oktober 1884.  
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.  
Rohr. 54.  
**Konkursverfahren.**  
Das Konkursverfahren über das Vermögen des Materialwaarenhändlers Robert Julius Dieblich, Inhabers der Firma Robert Dieblich in Chemnitz, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben.  
Chemnitz, am 29. Oktober 1884.  
Königliches Amtsgericht.  
Rohr.

Fabrik für Wäschmangeln — Kantor- und Laden-Einrichtungen \* Dampftischlerei Otto Ruppert, Zwickauerstr. \* Küchen- und Wirthschaftsmöbel — Kindermöbel — Schulbänke

### Tageschronik.

- 1873. Rudolph I. zu Hagen getraut.
- 1817. Luther schickte seine Theilen an der Schloßkirche zu Wittenberg an.
- 1781. Der Salzburger Erzbischof vertrieb die Protestanten aus der Stadt.
- 1864. Friede mit Venedig.
- 1870. Kapitulatio von Dijon.
- 1. November.
- 1539. Der lutherische Glaube in Brandenburg eingeführt.
- 1548. Einweihung von Schulpforta.
- 1756. Erdbeben in Vissau.
- 1814. Der Wiener Kongress.
- 1870. Unterredung zwischen Thiers und Bismarck.
- 1877. Generalfeldmarschall Graf v. Wrangel †.

### Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

**Berlin.** Der Kronprinz wohnte Vormittags einer mehrstündigen Abtheilungssitzung des Staatsraths bei. Wie verlautet, sollen die Planaufstellungen des Staatsraths künftig im Elisabethsaal, die Abtheilungssitzungen im Garde-du-Korps-Saal des Königschlosses abgehalten werden. — Der Kammerherr Graf Grote hat nach kurzem Aufenthalt Berlin wieder verlassen.  
**Weldern.** Bei der heutigen Landtagswahl für den 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Düsseldorf an Stelle Majunke's, wurde der Zentrumskandidat, Buchdruckereibesitzer Ludwig Pfeif (Wahlheim am Rhein), von 468 Wahlmännern gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.  
**Piel.** „Unbime“ ist vollständig wand. Das Rettungswort dauerte 6 Stunden, und war beschwerlich, da der Vorstrand überfluthet war. Die Korvette „Ganja“ soll morgen zur Hilfeleistung abdampen.  
**Saag.** Gehehen fanden die Verhandlungen zur Kammerwahl, die bisher aus 34 Gemäßigten-Liberalen, 12 fortgeschrittenen Liberalen, 3 Konservativen, 18 Ultraprotestanten und 19 Katholiken bestand. Bis jetzt sind folgende Resultate bekannt: Wiedererwählt sind 6 Gemäßigten-Liberalen, 1 fortgeschrittener Liberaler, 1 Konservativer, 4 Ultraprotestanten und 9 Katholiken. Nicht wiedererwählt wurde ein fortgeschrittener Liberaler. Stichwahlen haben stattgefunden: in Saag zwischen Konservativen und Gemäßigten-Liberalen, in Biele zwischen Gemäßigten-Liberalen und Ultraprotestanten und in Jördenbergen zwischen Ultraprotestanten und Katholiken.  
**Saag.** Wiedererwählt sind 14 Gemäßigte und 2 fortgeschrittene Liberalen, 1 Konservativer, 9 Ultraprotestanten, 15 Katholiken. Stichwahlen haben ferner stattgefunden in Almslo zwischen einem Konservativen und einem Katholiken und zwei Liberalen, in Ulrecht zwischen einem Liberalen und einem Ultraprotestanten, in Partem zwischen einem fortgeschrittenen Liberalen und einem Gemäßigten, und in Delft zwischen einem Katholiken und einem Ultraprotestanten und zwei Liberalen.  
**Rom.** Der Wiederbeginn der Paramentverhandlungen ist auf den 24. oder 26. November festgesetzt. Der Gesandtschaftsbericht, betr. die Eisenbahnkonventionen kommt dem Kommissionsbericht gelangt am 10. November zur Verlesung.  
**Moskau.** Die Papiere, welche bei den wegen der Studentenunruhen verhafteten Personen vorgefunden wurden, deuten auf eine systematische Organisation der Krawalle. Auch an anderen Universitäten, besonders in Kasan und Petersburg sollten solche Krawalle inszenirt werden. Die eigentlichen Leiter derselben sind nicht Studenten.  
**Sonthampton.** Der norddeutsche Lloyd-Dampfer „Oder“ bezogte zwischen dem 49. und 36. Breitengrade und dem 27. und 19. Längengrade dem brennenden Dampfer „Maasdam“ aus Rotterdam. Es befand sich keine Person mehr an Bord des „Maasdam“.  
**New-York.** Von den in Folge der gestrigen in den Kohlengruben von Young Stonen stattgehabten Explosion Verunglückten sind weitere zwölf Leichen aufgefunden worden. — W-Galoch, der frühere Schatzsekretär, erhält wiederum denselben Posten. Gresham wurde zum Richter ernannt.  
**New-York.** Nach einem Telegramm aus Mexiko ratifizierte der Senat die Konvention zwischen England und Mexiko wegen Konvention der mexicanischen Schuld.  
(Weitere Telegramme siehe dritte Seite)

### Politische Rundschau.

**Deutsches Reich.** Das Resultat der stattgehabten Reichstagswahlen ist augenblicklich noch immer nicht ganz zu übersehen und es würde daher auch heute noch verfrüht sein, über die wahrscheinliche Stärke der Parteien ein Urtheil abzugeben. Aber immerhin gewöhnen die vorliegenden Ergebnisse so interessante und überraschende Momente, daß wohl ein näheres Eingehen auf die bisherigen Resultate gerechtfertigt erscheint. — Mit großer Verwunderung kann zunächst konstatiert werden, daß sich überall die Wahlen ernst und ruhig vollzogen haben, daß nirgends irgend welche Ausschreitungen politischen Parteibaders vorgekommen sind. — Wenn wir die Wahlbewegung unbefangenen Blickes übersehen, so treten uns zunächst als die Signatur des diesmaligen Wahlkampfes die in einer außerordentlich großen Zahl von Bezirken notwendig werdenden Stichwahlen entgegen. Selten oder nie haben die Wähler ein für den Moment so unentschiedenes Resultat erzielt, wie diesmal, und man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß sich ein einigermaßen zutreffendes Urtheil über die numerische Stärke der Parteien in dem neuen Reichstage erst nach dem Ausfall der Stichwahlen gewinnen läßt. Der Ausfall wird ganz und gar davon abhängen, welches Verhalten die Sozialdemokraten beobachten und welcher Partei sie sich bei den Stichwahlen anschließen werden. Ein überraschendes Moment liegt ferner in dem mächtigen Aufschwung der sozialistischen Partei. Nicht nur, daß die Sozialdemokraten diesmal einen Kandidaten in Berlin durchzubringen vermocht haben, auch in Frankfurt, Barmen, Ebersfeld, Köln, Kassel, Königsberg, Breslau, München, Brandenburg u. treten die Sozialdemokraten diesmal mit größerer oder geringerer Chancen in die Stichwahl ein. Der ungeheure Zuwachs an Stimmen, den die Sozialdemokratie aufzuweisen hat, findet seine theilweise Erklärung in dem Umstande, daß seit dem Jahr 1878 die sozialistische Partei nicht so viele eigene Kandidaten aufgestellt hatte, als dies Mal. Während daher vor drei Jahren sich die sozialdemokratischen Stimmen unter die konservativen und unter die liberalen Parteien vertheilten, sind sie bei dem gegenwärtigen Wahlgange geschlossen den sozialistischen Kandidaten zugesallen. — Was die numerische Stärke der übrigen Parteien anlangt, so dürfte eine wesentliche Verschiebung sich vielleicht kaum ergeben. — In nicht zu fernem Zeit wird an einen großen Theil der Wähler Deutschlands die Nothwendigkeit heranreten, nochmals zur Wahlurne zu schreiten, und abermals und mit verdoppelter Heftigkeit werden die Parteileidenschaften entleert werden. Wie immer aber der Ausfall der Wahlen sich gestalten möge: Eines ist von ganzem Herzen zu wünschen, daß über allen Parteigegensätzen und Meinungsverschiedenheiten die Volkswracker sich einen mögen zu ruhiger und leidenschaftsloser Gesetzesarbeit — zur Wohlfahrt des Volkes und zum Segen des Vaterlandes.  
— Aus Braunschweig wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ bezüglich des Testaments des Herzogs geschrieben: „Heute bin ich im Stande, Ihnen Folgendes darüber mitzutheilen, und ich habe Grund, meine Nachrichten, so fessam sie klingen, für genau zu halten. Das ganze Testament steht, von der Hand Sr. Hoheit selbst geschrieben, und ohne irgend welche gerichtliche Beglaubigung, offenbar auch ohne Rechtsbeistand verfaßt, auf einem gewöhnlichen Okaubriefbogen. Der Wortlaut des Schriftstücks ist ungefähr folgender: „Ich, Wilhelm, Herzog von Braunschweig u. vermählte: 1. Sr. Königl. Hoheit dem Herzog von Cumberland meine Schloßher in Herzogthum Braunschweig und zu Hiesing, sowie mein ganzes Boardvermögen. 2. Sr. Majestät dem König Albert von Sachsen meine Allodialgüter in Schlesien. 3. Der Frau von Hohenberg 50,000 Thaler, dem Sohne“ — hier ist die erste Seite des Briefbogens zu Ende, die zweite Seite ist leer, dann geht es auf der dritten Seite weiter: „4. Dem Kammerpräsidenten v. Pantelmann 20,000 Thaler. 5. Den beiden Kammerdienern Hanke und Voltret jedem 10,000 Thaler. Die Beamten meines Hofes zu bedenken, bleibt dem Ermessen des Herzogs von Cumberland überlassen.“ — Das ist Alles. Allgemein hatte man eine reiche Juwelenburg für Stadt und Land erwartet, Legate für die milden Stiftungen, die Sicherstellung der Hofbeamten als selbstverständlich angenommen; nichts von alledem ist geschehen. Die Enttäuschung ist groß und bitter. Ein ganz außerordentlicher Umschlag der Stimmung hat stattgefunden. Es scheint festzustehen, daß man dies Testament nicht unangefochten lassen wird. Frau v. Hohenberg hat zwei Söhne. Präsident v. Pantelmann ist im Laufe dieses

Jahres verstorben. Städtischer Weise steht dem Regententhron der Fortbezug der herzoglichen Privatlie in Betrage von 380,000 Thalern zur Verfügung, so daß vorläufig wenigstens die Hofbeamten vor Noth geschützt werden können und das Theater fortbestehen kann. Der verstorbenen Justizminister Triepel, der Vater des Regententhrongesetztes, hatte für den Herzog auch ein Testament aufgesetzt. Dasselbe scheint jedoch verschwunden zu sein, während das jetzige vollständig in einer Blechtafel aufbewahrt war, zu welcher der Herrschaft der Schlüssel hatte. Nicht Tage lang seit der Eröffnung, bis zum Tage nach dem Begräbnis, ist das Geheimniß dieses Testaments sorgfältig gewahrt worden.  
— Der dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf, betr. Einführung von Postparcassen in den Deutschen Reich, bestimmt in der Hauptsache: Das Reich übernimmt die Annahme, Besetzung und Rückzahlung von Spareinlagen unter Vermittelung der Postverwaltungen nach Maßgabe des Gesetzes. Die Annahme von Spareinlagen erfolgt bei den Postanstalten in Beträgen von einer Mark oder dem Wehrfachen von einer Mark. Bei der ersten Einzahlung erhält der Einzahler ein Sparbuch, auf dem Namen des Einzahlers oder einer anderen, von diesem bezeichneten Person lautet. Weitere Einzahlungen können unter Vorlegung des Buches bei jeder Postanstalt bewirkt werden. Für daselbe Sparbuch dürfen an einem Tage höchstens 100 Mark eingezahlt werden. Beträge, durch deren Einzahlung ein Guthaben die Höhe von 1000 M. überschreiten würden, werden nicht angenommen. Die Beamten der Postverwaltung haben die im Postparcassenbuche zu ihrer Kenntniß gelangenden Thatsachen geheim zu halten. Soweit das gesammte, einem Sparer zustehende Guthaben 100 M. nicht übersteigt, kann es nicht abgetreten oder verpfändet werden. Die Einlagen werden vom ersten Tage des auf die Einzahlung folgenden Monats ab verzinst. Die Zinsen werden alljährlich bei Ablauf des Etatsjahres dem Kapital zugeschlagen und mit diesem vom Beginn des neuen Etatsjahres ab verzinst. Die Verzinsung geschieht mit 3 Prozent. Änderungen des Zinsfußes werden durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrathe festgesetzt.  
— Im englischen Parlamente ist neulich die Frage erörtert worden, weshalb die Anfertigung von Papier für Postarten (Korrespondenzarten), welche bisher einen wichtigen Zweig der Industrie in Devonshire gebildet hat, nach Deutschland verlegt worden sei. Seitens des General-Postmeisters Fawcett wurde die Auskunft erteilt, daß das Inland Revenue Department, (das Finanzdepartement des Innern) zu dessen Restoirt die Angelegenheit gehöre, die fertigen Postarten-Formulare im Vertragwege zu festem Preise bezöge, und daß es den Lieferanten freistehe, das Papier zu den Postarten aus beliebiger Quelle zu entnehmen. Es scheint, daß Klagen über die Verschwendung der Postarten die Lieferanten veranlaßt hätten, das Papier für die dünnen Postarten nicht mehr von Devonshire, sondern von Deutschland zu beziehen, wo sie solches dauerhafter zu erhalten vermöchten und woher sie bisher schon den Bedarf an Papier für die dicken Postarten entnommen hätten. — Neuerdings wird von verschiedenen deutschen Zeitungen die Nachricht gedruckt, daß der großbritannische Generalpostmeister nach einer Meldung der „Londoner Allgemeinen Korrespondenz“ bei einer deutschen Firma 150 Millionen Postartenformulare bestellt habe.  
**Oesterreich-Ungarn.** Sämmtliche Wiener Blätter begrüßen in Beiträgen überaus sympathisch die Ansprache Kaiser Franz Joseph's, welche der Monarch beim Empfange der österreichisch-ungarischen Delegationen gehalten hat. Kaiser Franz Joseph betonte auf das Nachdrücklichste den friedlichen Charakter der internationalen Situation, und indem er auf die skandinavische Bewegung einzog, entwidmete er die Zukunftsbürgschaften, welche aus der Erneuerung des herzlichen Einverständnisses mit Rußland und aus der erfreulichen Uebereinstimmung der drei Monarchen und ihrer Regierungen entspringen, in einer Weise, welche ebenso geeignet ist, frühere Mißverständnisse endgültig zu beseitigen, als einer Widerwehr derselben ein für alle Mal den Riegel vorzuschieben. Die vollkommen gesicherte Erhaltung des Weltfriedens gestattet der Monarchie, sich ausschließlich den inneren Angelegenheiten zuzuwenden.  
**Belgien.** Das neue belgische Ministerium gefaßt, wie es scheint, weder den Liberalen noch den Katholiken; jenen ist es zu „schwarz“, während es diesen zu „schm“ ist, obgleich es aus dem